Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 8

Artikel: Blick auf den Weg zum Frieden : warum Amerika seine politische Haltung ändern muss

Autor: Weir, Ernest T.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140099

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schichte das Urteil gesprochen hat, droht er jetzt durch ein unheilbares und ansteckendes Siechtum verhängnisvoll zu werden.

Sogar in den USA hat unsere Militarisierungspolitik einen Stimmungsumschwung zuungunsten Deutschlands eingeleitet. Warum gebietet der Bundestag Dr. Adenauer nicht Einhalt, wenn er selbst die Fähigkeit verloren zu haben scheint, seine verfehlte Politik zu revidieren?

Erlauben Sie mir, Sie zum Schluß noch auf die sachliche Unhaltbarkeit der offiziellen Auffassung hinzuweisen, unser Volk habe nur die Wahl, sich zu militarisieren oder wehrlos zu sein. Aus der Definition des modernen Krieges (vgl. S. 8 der beiliegenden Schrift) ergibt sich eine im wesentlichen unmilitärische Wehrhaftigkeit, deren Notwendigkeiten nicht zu beachten verhängnisvoll und unverantwortlich wäre. Der Text «Revolution im Wehrdenken» nimmt für sich in Anspruch, ein ernsthaftes Gutachten über diese unmilitärische Wehrhaftigkeit zu sein, ein Gutachten, das zu berücksichtigen ich Sie bitte.

Hochachtungsvoll: *Dr. Niklaus Koch*

Blick auf den Weg zum Frieden

(Aus «The Churchman», 1. Mai 1956)

Warum Amerika seine politische Haltung ändern muß

Allzu oft haben die USA auf internationalem Gebiet nicht im eigenen Interesse oder im besten Interesse der Welt gehandelt. Daraus folgt natürlich, daß die USA ihre Politik ändern müssen.

Ich bin überzeugt, die meisten Amerikaner gehen mit mir einig, daß der Weltfriede das letzte Ziel unseres Landes ist. Aber ich stelle fest, daß Amerika seit dem Zweiten Weltkrieg nicht den Eindruck einer Nation macht, die an die Möglichkeiten des Friedens glaubt, sondern eher einer Nation, die einen Krieg für möglich hält.

Dieser Eindruck stammt von unserer konsequenten Haltung Rußland und dem Kommunismus gegenüber, die vielerorts zum Ausdruck kommt. Immer und immer wieder kommt diese Haltung zum Vorschein, in Leitartikeln, in den Berichten von Presseagenturen (mit ein paar bemerkenswerten Ausnahmen, wie den Artikeln von Walter Lippmann), in Radio und Television sowie in öffentlichen Reden und Erklärungen von Regierungsseite. Was sie behaupten, läßt sich zusammenfassen in den Worten:

«Rußland ist keine normale Nation, sondern das Zentrum einer Verschwörung, um die Welt baldmöglichst und unter Ausnützung aller Mittel zu beherrschen und kommunistisch zu machen. Wir können Rußland weder trauen, noch mit ihm verhandeln, noch überhaupt

etwas zu tun haben mit diesem Lande. Das einzige, was dieses Land achtet oder fürchtet, ist die bewaffnete Macht.»

Folglich müssen die USA eine ständig stärker werdende militärische Position aufbauen. Unser Land muß andere Nationen – einzeln oder durch Bündnisse – dazu bringen, das gleiche zu tun und ihnen dabei behilflich sein. Unser Land darf nur unter der Bedingung wirtschaftliche Hilfe leisten, daß die Empfängernationen uns gegen den Kommunismus unterstützen. Unser Land muß alle Mittel anwenden – auch solche Mittel, wie Handelsbeschränkungen –, um dem Potential der kommunistischen Länder eine Grenze zu setzen. Durch solche Methoden werden die USA sich zum Festungskern (fortress) eines weitausgedehnten Verteidigungssystems machen, das die kommunistische Macht eindämmen und ihre weitere Ausdehnung verhindern kann.

Man darf wohl sagen, daß der Grundton der USA-Politik rußlandfeindlich gewesen ist. Dies kommt selbst in der Sprache seiner Wortführer zum Ausdruck. Die Leitartikel eines großen Zeitungsunternehmens zum Beispiel reden von Rußland ständig als vom «Feinde».

Diese feindliche Einstellung wird durch die gewaltige Publizität, die den militärischen Entwicklungen eingeräumt wird, ständig verstärkt. Man spricht von unseren thermonuklearen Waffen, unserem Radarnetz, unseren Überseestützpunkten, unseren Bündnissen. Man vergleicht unsere militärische Macht mit der Macht Rußlands usw. Im gleichen Ton gehalten sind die offiziellen und halboffiziellen Auslassungen, wie zum Beispiel über unsere Bereitschaft, Atomwaffen zur Verteidigung von zwei kleinen Inseln an der chinesischen Küste zu gebrauchen, über «massive Vergeltung» und über «den Rand des Krieges». All diese Äußerungen werden von den Menschen außerhalb der USA dahin ausgelegt, daß unser Land sich mit Kriegsgedanken abgibt.

Dies ist die sogenannte «tough policy» (unbeugsame, draufgängerische Politik). Meiner Meinung nach ist sie die falsche Politik für Amerika. Ich glaube auch nicht, daß sie die Meinung der Mehrheit unseres Volkes wiedergibt.

Können wir wirklich erwarten, daß die Russen auf unsere «tough»-Politik mit einer Politik der Nachgiebigkeit ihrerseits reagieren? Feindschaft erzeugt Feindschaft, harte Worte rufen harten Worten. Wenn du Russe wärest, wie würden dir unsere Streitkräfte, unsere Stützpunkte und unsere Bündnisse – zusammen mit unseren Erklärungen – vorkommen? Gegen wen wären sie – deiner Meinung nach – gerichtet? Würde es dir vollständig genügen, wenn wir erklärten, sie beständen bloß zu Verteidigungszwecken? Würde es dir nicht vielleicht einfallen, daß wir eines Tages den Angriff als beste Verteidigung betrachten könnten?

Wenn wir gerecht sein wollen, werden wir zugeben, daß Rußland das Recht hat, solche Fragen zu stellen. Wir werden auch zugeben, daß wir wegen dieser Haltung und Tätigkeit die Verantwortung für

diese Spannung, das Mißtrauen und andere Aspekte des sogenannten «Kalten Krieges» mit Rußland teilen müssen. In der Tat spielen diejenigen, die am meisten Angst vor Rußland haben, jenem Land nur in die Hände. Ihre «tough policy» liefert Rußland Gründe, seine militärische Stärke auszubauen und zur gleichen Zeit Gründe für den Glauben in der öffentlichen Meinung der Welt, daß die Gefahr von uns und nicht von Rußland kommt. Und diese Ansicht über die Feindschaft Amerikas gegen Rußland wird schon von vielen Leuten geteilt.

Wie wirkt diese «tough policy» auf unsere Verbündeten? Sie sind zum kleinsten Teil damit einverstanden. Bemerkenswert ist, daß kein einziges Land die amerikanische Ansicht angenommen hat, daß Rußland eine Kriegsgefahr ist.

Wie kommt die «tough policy» dem neutralen Teil der Welt vor? Was auf diesem ganzen Gebiet der Neutralen gefürchtet und gehaßt wird, ist nicht der Kommunismus, sondern der Kolonialismus. Der neutrale Sektor der Welt besteht aus Ländern, die bis vor kurzem Kolonialgebiete waren oder hoffen, es bald nicht mehr zu sein. In ihren Augen verlängert die USA-Politik die Dauer des Kolonialismus und steht so ihren Hauptzielen im Wege. Fähige Beobachter haben viele Zeichen verminderten amerikanischen Einflusses und Ansehens in der neutralen Welt festgestellt.

Die «tough policy» – mit der in ihr enthaltenen Kriegsdrohung – steht direkt gegen die stärksten und sehnlichst gehegten Wünsche der Völker von heute. Wir können darauf zählen, daß die Menschen in allen Ländern – hinter dem Eisernen Vorhang, vor ihm und auf allen Seiten von ihm – vom Krieg über und über genug haben. Nach den Erfahrungen der letzten vierzig Jahre wollen sie keinen Krieg mehr.

Die Menschen sind entschlossen, den Frieden zu sichern und den besseren Lebensstandard, der nur durch den Frieden möglich ist. Meiner Meinung nach ist diese Einstellung der einfachen Leute aller Nationen das stärkste Hindernis gegen einen Krieg und die beste Sicherung für den Frieden. Und die ganze Geschichte zeigt deutlich, daß Kriege immer von den Führern eines Landes verursacht werden – nie von seinem Volke.

Die «tough policy» wurde während der Genfer Konferenz vom Juli 1955 und kurz nachher um ein paar Töne gemildert. Meiner Meinung nach sind der Zweck und die Leistung der Genfer Konferenz ganz falsch dargestellt worden. Man sagt, sie sei ein Mißerfolg, weil die Konferenz etwas nicht erreichte, was sie nie beabsichtigte zu erreichen. Ihr einziger Zweck lag darin, ein Forum für die Führer des Westens wie des Ostens zu bilden, wo sie dem Verlangen der Weltbevölkerung nachgeben konnten, indem sie Zusicherungen gaben, daß keine Seite einen Nuklearkrieg anfangen würde, um ihr Ziel zu erreichen.

Wie Walter Lippmann so eindrucksvoll gezeigt hat, hat das Abkommen, das den Krieg als Instrument des Krieges ausschaltet, Ruß-

land in keiner Weise verpflichtet, unsere Bedingungen in bezug auf umstrittene Fragen anzunehmen – und der Westen wurde nicht verpflichtet, die russischen Bedingungen anzunehmen. Man wurde einfach einig, daß Meinungsverschiedenheiten durch Verhandlungen – und nicht durch Krieg gelöst werden sollten.

Dies ist eine gewaltige Leistung. Ich glaube, man kann den Wert dieser Leistung nicht hoch genug einschätzen: sie gibt uns Gelegenheit, eine Politik auszuarbeiten, die mit den veränderten und sich stets verändernden Verhältnissen der Welt in Einklang ist.

Bevor irgendeine gültige Politik aufgebaut werden kann, müssen gewisse Voraussetzungen in bezug auf Rußland gemacht werden. Wir sollten zum Beispiel als Tatsache annehmen, daß die Führer Rußlands und der führende Teil ihrer Bevölkerung den kommunistischen Grundsätzen durchaus treu sind. Sie wollen Rußland in jeder Beziehung so stark wie möglich machen.

Aber – und dies ist das Entscheidende – die russischen Führer haben sich bemüht, klarzumachen, daß ihre Methoden einen Angriffskrieg ausschließen. Ich glaube, wir dürfen annehmen, es sei ihnen ernst damit – nicht weil sie es sagen, sondern weil sie in den letzten zehn Jahren den Krieg vermieden haben, und weil – wie jede Analyse zeigt – ein Krieg die wirtschaftliche, soziale und politische Struktur, die sie in der kommunistischen Welt aufgebaut haben, wahrscheinlich zerstören würde, und weil schließlich eine kriegerische Handlung ihrerseits die sofortige Opposition des Westens herausfordern müßte, einen Widerstand also, der von der ganzen Welt unterstützt würde.

Kurz gesagt, die kommunistischen Führer glauben, sie könnten ihre Ziele auf diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Wegen erreichen. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist auf die Grundlage friedlicher Konkurrenz zurückgeführt worden. Können wir dieser Herausforderung begegnen? Ich bin *überzeugt*, daß wir es können. Aber dazu ist eine grundlegende Änderung der amerikanischen Haltung, Politik und Tätigkeit in Weltangelegenheiten notwendig.

Meiner Meinung nach sollten wir folgendes tun: Erstens: wir sollten unsere militärische Macht nur so hoch halten als sie für die nationale Verteidigung nötig ist. Wir sollten unsere Allianzen aufrechterhalten. Wir sollten unsere interne Sicherheit wahren. Keines von diesen Dingen ist an sich eine Provokation, noch flößt es Angst ein, solange es in einem Gesamtprogramm der Nation seinen normalen Platz einnimmt.

Zweitens sollten wir es uns zur dauernden Politik machen, Rußland und anderen Ländern gegenüber die Türe stets offen zu halten für Diskussion und Verhandlung. Wir sollten uns einer ruhigen, gemäßigten Sprache befleißen. Wir sollten jedes Mittel für breitere und häufigere Kontakte zwischen den Völkern des Westens und den kommunistischen Ländern benützen. Und trotz den Argumenten, die da-

gegen angeführt werden, betrachte ich den Handel als eines jener Mittel, da ich seinen möglichen Nutzen höher einschätze als irgend welche damit verbundene Risiken.

Drittens sollten wir in allen Beziehungen unsere Verbündeten als vollwertige Partner und nicht bloß als Werkzeuge für eine «Made-in-America»-Politik behandeln. Es kommt auch hier wieder auf die Betonung an.

Viertens müssen wir unser Verhältnis zu der neutralen Welt neu gestalten. Dies ist wahrscheinlich das Gebiet, auf dem wir am empfindlichsten sind. Die USA sind nicht eine Kolonialmacht und sind nie eine gewesen. Aber unsere Hauptverbündeten in Europa *sind* Kolonialmächte. Die Unterstützung, die wir unseren Verbündeten in der Verteidigung gegen den Kommunismus gewähren, kommt der neutralen Welt als Unterstützung des Kolonialismus vor. Überdies werden unsere Motive in unseren direkten Verhandlungen mit Nationen der neutralen Welt mit Argwohn betrachtet. Diese neutral eingestellten Länder glauben, unser Hauptziel sei, sie in den Kampf gegen den Kommunismus einzureihen – den sie für viel weniger wichtig betrachten als ihre eigenen und dringenden Probleme.

Ohne Zweifel ist diese Lage sehr schwierig. Aber die Zeit des Kolonialismus ist vorbei. Die USA sollten diesen Völkern helfen, ihre Ziele zu erreichen. Schließlich ist es nicht allzu lange her, daß wir selbst Revolutionäre waren. Und unser Aufstand diente den gleichen Zwecken, wie der ihrige heute. Wir sollten unsere Verbündeten dahin bringen, dieses Problem zu lösen und ihnen dabei helfen.

Fünftens sollten wir uns anpassen in einem Punkte, wo es uns als Amerikaner besonders schwer fällt. Wir müssen einsehen, daß außenpolitische Angelegenheiten nicht in Eile erledigt werden können. Wie die Europäer, die Russen und die Asiaten müssen wir beginnen, eine Außenpolitik auszuarbeiten, die nicht mit Monaten oder Jahren – sondern mit Dezennien und vielleicht noch längeren Zeiträumen rechnet.

In all diesem besteht nicht die geringste Andeutung, daß wir Rußland gegenüber zu Kreuze kriechen (appease) sollen, indem wir unsere Prinzipien preisgeben oder daß wir irgendeine lebenswichtige Stellung aufgeben. Laßt uns zusammenarbeiten, wo immer wir können. Leisten wir Widerstand, wo es nötig ist. Aber laßt uns nicht in den Fehler verfallen, Methoden zu gebrauchen, die Rußland Grund zur Feindschaft geben, die unsere Freunde erschrecken und die neutralen Nationen, deren Freundschaft wir brauchen, entfremden.

Eine zurückhaltende Einstellung internationalen Problemen gegenüber wird das wahre Gesicht Amerikas zeigen. Überdies wird eine solche Haltung mit der Zeit klarstellen, ob in Rußland eine grundlegende Änderung stattgefunden hat oder nicht. Ich glaube, daß bestimmte Anzeichen in jener Richtung bestehen. Schließlich sind seit der Russischen Revolution fast vierzig Jahre vergangen, und revolutionäre

Begeisterung dauert nicht ewig. Was die amerikanische öffentliche Meinung bis jetzt erfahren hat, ist zu einseitig.

Wenn Sie wie ich glauben, daß Amerika in der heutigen Welt eine Politik der Mäßigung vertreten sollte, im Hinblick auf eine wirkungsvolle Führerschaft für echten Weltfrieden, dann bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit diese Politik ins Leben gerufen wird. Ich weiß nichts, was lebenswichtiger wäre für Sie, für Ihre Lieben, für Ihr Land.

Ernest T. Weir
(Vorsitzender der Nationalen Stahl-Gesellschaft)

WELTRUNDSCHAU

Die Suezkrise Sozusagen über Nacht ist, Ende Juli, aus der schlagartig durchgeführten *Nationalisierung des Suezkanals* durch die ägyptische Regierung eine nicht ungefährliche internationale Krise entstanden. Der Westen antwortete mit empörten, oft hysterischen Protesten; Präsident Nasser wurde mit Hitler und Mussolini verglichen und von einem einflußreichen Teil der (sogenannten) öffentlichen Meinung, besonders in England und Frankreich, offen mit Krieg bedroht; britische und französische Kriegsschiffe und Flugzeuge wurden ins östliche Mittelmeer beordert; England und Frankreich nahmen «vorsichtshalber» bedeutende Truppenbewegungen vor, und in aller Hast wurde eine Konferenz nach London einberufen, die beschließen soll, daß der Suezkanal aufs neue internationalisiert werde, in der Meinung, daß bei allfälligem Widerstand Ägyptens Gewalt angewandt und zum mindesten wirtschaftliche Druckmaßnahmen ergriffen werden sollen, die Nasser auf die Knie zwingen würden. Kurz, wenn es nach dem scharfmacherischen Teil der westlichen Politikerwelt ginge, so stünden wir nun bald am Rand eines «kleinen Krieges», der sich nur zu leicht zu einem dritten Weltkrieg – mit Atom- und Wasserstoffbomben – auswachsen könnte. Was wollen wir dazu sagen?

Zunächst dies: Die Aufregung und Entrüstung vorab in England ist ohne weiteres begreiflich. Für England war die Sicherung des Seeweges nach Süd- und Ostasien und der «Landbrücke nach Indien» seit mindestens hundertfünfzig Jahren eine Lebensfrage. Im Dienste dieser Aufgabe stand die Besetzung Gibraltars, Maltas, Zyperns, Adens, Singapores usw.; um ihretwillen – und später zum Zwecke seiner ungestörten Versorgung mit Öl – unterwarf sich Großbritannien, direkt und indirekt, fast ganz Vorderasien; im Blick auf sie setzte es sich 1882 in Ägypten fest und brachte den Suezkanal, dessen Aktien bisher zu 43 Prozent in den Händen der britischen Regierung lagen, tatsächlich mehr oder weniger unter seine Kontrolle. Dieser britische Imperialis-